

Rosenblätter

Informations-Zeitung der SPD Pinneberg

Ausgabe 02|2011



In den Sand gesetzt

Umzugskosten für den Kreis

Seite 03



Grüner Strom

Pinneberg setzt auf Öko-Strom

Seite 06



Technik die hilft

Die SPD besucht das THW

Seite 07



DISKUTIEREN SIE MIT!
„Neue Chancen für die Innenstadt“
14.06.11 um 19.00 Uhr
im Sitzungssaal
des Rathauses

Neue Ideen für die Pinneberger Innenstadt

Kaum ein Projekt bewegt die Pinneberger Politiker und Bürger in diesen Wochen mehr, als die Pläne für eine Umgestaltung unserer Innenstadt! Die Entscheidungen in den nächsten Monaten werden das

Bild der Innenstadt für viele Jahre prägen. Die Pinneberger SPD ist entschlossen, die Chancen zu nutzen, die sich für Pinneberg aktuell bieten. Vier Planungsbüros haben in den vergangenen Monaten Planungsvarianten entwickelt, die

nun öffentlich diskutiert - auf Veranstaltungen, im Internet und im persönlichen Gespräch. **Lesen Sie mehr über die Entwicklung der Innenstadt auf den Seiten 4 und 5.**

Wir sind an Ihrer Meinung interessiert. Leserbriefe bitte an: rosenblaetter@spdpinneberg.de

NEUES AUS EUROPA

BÜRGER GEGEN KLONFLEISCH

Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet fort, jetzt können Kühe geklont werden. Es wird eine Körperzelle entnommen, der Zellkern isoliert, in die entkernte Eizelle eines weiblichen Tieres übertragen und der sich daraus entwickelnde Embryo einer „Leihmutter“ eingesetzt. Welche langfristigen Folgen das hat, weiß man nicht. Ulrike Rodust, die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete, engagiert in der Agrar- und Fischereipolitik, hat versucht, diesen Prozess zu bremsen. Leider ist die Initiative von Europa-Abgeordneten, die von geklonten Tieren stammenden Produkte zumindest zu kennzeichnen, am Widerstand der EU-Agrarminister gescheitert. „Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hätte sich ein klares Verbot von Klonfleisch gewünscht und zwar auch von Tieren nachfolgender Generationen“, so Rodust.

FISCHFANG: RÜCKWURFVERBOT

Jeden Tag werden in Europa kistenweise gefangene Fische ins Meer zurückgeworfen. Zum Beispiel kleinere Fische, die zwar das vorgeschriebene Mindestmaß erfüllen, aber beim Verkauf wenig einbringen. Man behält die besonders dicken Fische, die sich bestens filetieren und vermarkten lassen. Das schont die wertvolle Fangquote. „Ein Rückwurfverbot ist zentrales Thema für eine Reform der EU-Fischereipolitik“ so Ulrike Rodust, MdEU.



ANTIBIOTIKA BEI NUTZTIEREN

Der Einsatz von Antibiotika in der Nutztierhaltung fördert resistente und sich verändernde Keime. Das kam auch bei der jüngsten Diskussion um die EHEC-Darmbakterien zur Sprache. Das europäische Parlament hat schon am 12. Mai einen Entschließungsantrag verabschiedet, der den massenhaften Einsatz von Arzneimitteln in der Landwirtschaft bremsen soll. „Wir müssen uns mehr mit der Vermeidung von Infektionskrankheiten bei Tieren beschäftigen und Tierhaltungssysteme entwickeln, deren Bedarf an Antibiotika von sich aus geringer ist“, fordert die EU-Abgeordnete Ulrike Rodust

GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Monaten diskutiert Pinneberg über die Neugestaltung der Innenstadt. Wir sind mit dieser Ausgabe dabei, es ist unser Hauptthema. Doch wir können auf acht Seiten nur einen Bruchteil der angebotenen Informationen unterbringen. Deshalb der Hinweis: Die Stadtverwaltung hat ein hochinteressantes Informationsangebot im Internet. Also schauen Sie einmal nach unter www.pinneberg-innenstadt.de. Sie können dort vier Entwürfe sehen, die verschiedene Planungsbüros in den vergangenen Monaten entwickelt haben. Und Sie finden dort 187 Diskussionsbeiträge von Bürgern, von denen wir Ihnen eine Auswahl auf S. 5 anbieten. Auch bei anderen Artikeln haben wir auf Internet-

Seiten verwiesen. Uns ist bewusst, dass nicht alle Leser einen Internetanschluss haben. Die bitten wir um Verständnis. Wir wollen damit die jungen Leute noch besser erreichen und für Kommunalpolitik interessieren. Wenn sich dann jemand aus der jungen „Internetgemeinde“ mit einem kommunalpolitisch Interessierten ohne Internet zusammensetzen würde, wäre das ideal. Und natürlich würden wir uns freuen, Sie vielleicht persönlich auf unserer Veranstaltung zum Thema Innenstadtentwicklung am 14. Juni im Rathaus begrüßen zu dürfen. Wir wünschen Ihnen in der beginnenden Urlaubszeit Spaß und Erholung.

Ihre Rosenblatt Redaktion

„Alle Versuche der SPD, das Kreishaus zu sanieren und die Kreisverwaltung in der Kreisstadt Pinneberg zu belassen, sind an der CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag gescheitert“

DIETRICH ANDERS
SPD-Kreistagsabgeordneter

MILLIONEN
IN DEN SAND GESETZT

Alle Versuche der SPD, das Kreishaus zu sanieren und die Kreisverwaltung in der Kreisstadt Pinneberg zu belassen, sind an der CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag gescheitert. Im Oktober werden die rd. 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Elmshorn in ein Gewerbegebiet umziehen müssen. Allein die Umzugskosten werden sich auf rd. 1,8 Millionen Euro belaufen und dann wird der hoch verschuldete Kreis 25 Jahre lang in Elmshorn Monat für Monat eine Miete von 156.585 Euro zahlen, während die schlecht geredeten, aber voll funktionsfähigen Büroräume in Pinneberg leer stehen.

Nach dem Umzug sollte wenigstens der Kreistag weiter in Pinneberg im Ratssitzungssaal tagen. Aber auch das ist inzwischen fraglich. Im Juni wird im Kreistag darüber gestritten, ob nicht auch er nach Elmshorn umzieht und der Kreis damit die Raummiete an Pinneberg von 600 Euro pro Sitzung einspart. Gut möglich, dass der CDU/FDP-Mehrheit die 600 Euro zu viel sind. Ist es doch ein Betrag, der für die Kreispolitiker im Gegensatz zu den verschleuderten Millionen überschaubar ist und bei dem man so richtig finanzpolitische Verantwortung zeigen kann.

ÖKOSTROM FÜR PINNEBERGS
STÄDTISCHE GRUNDSTÜCKE

Die Stadt Pinneberg braucht viel Strom für ihre Gebäude und Anlagen, den bisher die eigenen Stadtwerke lieferte. Jetzt ist ein neuer Liefervertrag fällig, der aber nach europäischer Rechtsprechung ausgeschrieben werden muss.

„Im Zeichen der Energiewende ist es nicht gleichgültig, wer liefert und wo dieser Strom produziert wird“ meint dazu Reinhard Matthies, der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Der Strom sollte entweder zu 100% aus Kraft-Wärme-Kopp-



SPD-Umweltexperte
Matthies: „Pinnebergs
Strom muss Grün
werden!“

lung kommen oder als „Grüner Strom“ zertifiziert sein.“ So lautet jetzt auch die Empfehlung des Hauptausschusses an die Bürgermeisterin.

Reinhard Matthies: „Unsere Stadtwerke produzieren selbst Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung, mit diesem Beschluss können sie sich am Bieterverfahren beteiligen und haben gute Chancen, den Zuschlag zu bekommen.“

JUSOS: POLITIK MIT SPASSFAKTOR

Politik? Das ist doch alles staubtrocken und stinklangweilig. Nicht so bei den Jusos, der Jugendorganisation der SPD. Da wird nicht stundenlang in Gremien gesessen und kleinkariert über weltfremde Themen diskutiert. Nein, die Jusos, zwischen 14 und 35 Jahre alt, mögen die lockere Diskussion in geselliger Runde. Sie sind mit Spaß unterwegs, auch mal auf der Straße und auf den Marktplätzen mit bunten Aktionen zu vielen Themen. Zum Beispiel in der Bildungspolitik, wo für längeres



gemeinsames Lernen und für das Kurssystem an Gymnasien gestritten wird. Und wer will, hat eine gute Chance für eine praktische Mitarbeit in der SPD-Fraktion und in einem Fachausschuss der Ratsversammlung. Die Zeit, als erwartet wurde, vor einer Mitarbeit erst mal Plakate zu kleben, sind vorbei. Wer Interesse hat, bei den Jusos mitzumachen oder einmal dort unverbindlich zu „schnuppern“, kann sich bei Lars Oehme unter „l.oehme@jusos-pinneberg.de“ melden.

„FRAU MERKELS
KABINETT IST EINE
CHAOS-COMBO!“

Bundtagsabgeordneter Ernst Dieter Rossmann bilanziert anderthalb Jahre Schwarz-Gelb

Ein schlechtes Zeugnis hat der Kreis Pinneberger SPD-Bundtagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann der Merkel-Regierung für die ersten anderthalb Jahre ihrer Amtszeit ausgestellt. „Von der Lobby-Politik für reiche Erben und Hoteliers über die verkorkte Hartz-IV-Reform bis zur unnötigen und von den Menschen ungewollten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke – Merkel und ihre Koalition haben alles falsch gemacht“, fasst Rossmann die „Leistungen“ von Schwarz-Gelb zusammen.

Leider hätten auch die krachend verlorenen Landtagswahlen nicht zu einer Kurskorrektur geführt. „Stattdessen versinkt die Koalition immer weiter im Chaos. Dass jetzt schon die dritte Kabinettsbildung innerhalb von anderthalb Jahren nötig wurde, spricht Bände über den Zustand der Bundesregierung“, macht Rossmann deutlich. Für Deutschland ist der bisherige Verlauf der Wahlperiode nach seiner Auffassung eine verlorene Zeit: „Dabei stehen wichtige Weichenstellungen an. Ob bei der Regulierung der Finanzmärkte, bei Arbeitsmarktpolitik und Mindestlöhnen oder bei der Energiewende: Statt vorwärts zu denken, setzt die Koalition auf Stillstand und Rückschritt.“

Wenigstens beim Atomausstieg schein Schwarz-Gelb nach Fukushima mühsam umzudenken. „Als SPD werden wir allerdings sehr darauf achten, dass den Menschen jetzt keine Mogelpackungen untergeschoben werden“, verspricht Rossmann.

VIER PLÄNE – VIELE MEINUNGEN

Seit einem Jahr wird intensiv über die Pinneberger Innenstadt diskutiert – jetzt wird es konkret. Vier Planungsbüros stellten in den vergangenen Wochen ihre Ideen vor, wie die Flächen zwischen Drosteiplatz und Pinnau mit neuen Einzelhandelsflächen überplant werden könnten.

Die Bürger Pinnebergs waren und sind bei der Diskussion mit dabei. Im Internet fand eine interaktive Beteiligung statt, Anregungen aber auch viel Kritik wurden über drei Wochen auf der Online-Plattform geäußert. Politische Einigkeit besteht darüber, das weitere Stillstand im Herzen Pinnebergs wird die Situation weiter verschlimmern würde.

So wird seit Jahren das schlechte Angebot an Waren beklagt, Gutachter diagnostizieren zudem einen bedrohlichen Kaufkraftabfluss und befürchten weitere Leerstände. Größeren Einzelhandelsfirmen können seit Jahren keine Angebote an ausreichend großen Flächen gemacht werden., Textil- oder Elektrogeschäfte, wie man sie aus vielen anderen Mittelstädten kennt, können auf den kleinteiligen Flächen in der Innenstadt ihre Shop-Konzepte schlichtweg nicht umsetzen“, so Hoffmann. Vor allem die Grundstückseigentümer in der Innenstadt gerieten in den vergangenen Jahren deshalb zunehmend in die Kritik. Die hohen Mieten und wenig Bereitschaft,

ihre Grundstücke zusammenzulegen gelten als ein Grund, warum der Branchenmix in der Innenstadt nicht wirklich attraktiv ist. „Nur noch Bäcker oder Handyläden“, so lautet die vielfach geäußerte Kritik von Besuchern der Fußgängerzone.

WEITERER MARKT AUF DER GRÜNEN WIESE?

Hinzu kommen bedrohliche Entwicklungen am Rande Pinnebergs, die noch mehr Kaufkraft abziehen könnten. In Prisdorf plant die Gemeinde ein weiteres Einkaufszentrum „auf der grünen Wiese“ mit mehreren Tausend Quadratmetern Einzelhandelsfläche. Nur ein Einspruch der Stadt Pinneberg führte zu einem „Stillhalteabkommen“. Zwei Jahre hat die Stadt nun Zeit, ihre eigenen Planungen anzuschieben. Passiert nichts, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit in Prisdorf weitere Geschäfte angesiedelt.

Auch das Interesse der heimischen Wirtschaft an den Flächen in Herzen Pinnebergs ist groß.

So hat der EDEKA Lebensmittelmarktbetreiber Bert Meyer jüngst das Gelände der ehemaligen Kreissparkasse schräg gegenüber vom Rathaus erworben. Er plant dort die Ansiedlung eines weiteren „Frische-Marktes“. Auch er stellt seine Planungen für zwei Jahre zurück, damit ein Gesamtkonzept für den Bereich erarbeitet werden kann.

Klar ist aber auch: Einigt sich die Politik nicht auf ein schlüssiges Konzept, wird die Firma Meyer trotzdem das Gelände mit einem Lebensmittelmarkt bebauen. Das Problem: Die Trennwirkung der vierspurigen Friedrich-Ebert-Straße wird die Besucher des Marktes größtenteils davon abhalten, für die weiteren Einkäufe „eben mal in die Innenstadt“ zu gehen. Auch aus diesem Grund wurde den Planungsbüros eine Verschwenkung der Friedrich-Ebert-Straße nach Norden vorgegeben. Weitere Vorteile einer Verschwenkung: Der Durchgangsverkehr fließt nicht mehr unmittelbar durch die Innenstadt und zwischen Pinnau und Drostei entstehen im direkten Drosteiumfeld Flächen, die für Einzelhandelsunternehmen attraktiv sind – eben jene Flächen, die in der Fußgängerzone seit Jahren nicht verfügbar sind. Die Kritik an den

Plänen entzündete sich vor allem an den voraussichtlichen Kosten der Straßenverlegung. Rund 3,5 Millionen wird von der Stadt veranschlagt. Für das Projekt stehen jedoch Fördermittel des Landes bereit, deren Höhe aber nur verbindlich gemacht werden kann, wenn konkrete Planungsabsichten vorliegen.

STRASSENFINANZIERUNG AUCH DURCH INVESTOREN

„Auch die Investoren werden Ihren Teil beitragen müssen.“ so SPD-Fraktionsvorsitzende Angela Traboldt „schließlich schaffen wir mit der Straßenverlegung hochattraktive Flächen direkt in der Innenstadt.“

Ein gutes Beispiel für Investorenbeteiligung ist der Neubau des Edeka Markes im Quellental. Die Stadt ermöglichte die Bebauung einer Grünfläche, der Investor bezahlte im Gegenzug den Neubau des Kreisverkehrs. „Zum Nulltarif wird die neue Friedrich-Ebert-Straße sicher nicht zu bekommen sein. Bedenkt man aber, dass neue Unternehmen der Stadtkasse auch jährliche Einnahmen aus Gewerbesteuer oder Grundsteuer beschreiben, kann die Gesamtrechnung aufgehen“, gibt sich Angela Traboldt optimistisch.

KONZEPT PLANUNGSBÜRO „ELBERG“

Die durch die Verlegung der Friedrich-Ebert-Straße frei werdenden Flächen sollen intensiv genutzt und (auch) bebaut werden. So könnte eine attraktive und kompakte Weiterentwicklung der Innenstadt in Richtung Pinnau erreicht werden. Nach Möglichkeit soll die Straßenverlegung durch Flächenerlöse gegenfinanziert werden. Der Wochenmarkt verbleibt auf dem Drosteiplatz. Der bisherige Marktplatz bleibt Park- und Festplatz und dient nach seiner Umgestaltung als Sondernutzungsfläche außerhalb des inneren Stadtkerns.



DER KOMMENTAR

Die FDP schafft sich ab

„Pinneberg ist eine Schlafstadt und es gibt rundherum Städte, die attraktiver sind!“ Mit diesem Satz überraschte jüngst der Pinneberger FDP-Fraktionsvorsitzende Werner Mende zur Frage der Innenstadtentwicklung. Warum die Pinneberger Innenstadt attraktiver machen, wenn man anderswo sowieso besser einkaufen kann – so könnte man Herrn Mende deuten. Selbst wenn er mit seiner Einschätzung recht hätte – als Statement eines Politikers, der danach streben sollte, die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig zu gestalten, eine fatale Einstellung.

Während die Konzeptentwürfe gute Planungsideen bieten, wie man die Innenstadt stärken kann, ruft die FDP die Schlafstadt als politisches Ziel aus! Ihre Devise: Nichts tun, sich gegen die neue City-Planung aussprechen und möglichst keine eigenen Vorstellungen entwickeln. Herr Mende, Sie sagen sinngemäß: Es gibt genügend Geschäfte im Umland, warum sollte es ausgerechnet in Pinneberg auch noch welche geben? Blicke man in der Logik, könnte man sagen: Es gibt auch in anderen Gemeinden genügend Gewerbeflächen, Schulen, Krankenhäuser, Restaurants – warum brauchen wir all das auch noch in Pinneberg? In einem Punkt müsste man Herr Mende aber zustimmen. Schließlich gibt es auch in anderen Städten eine FDP – in Pinneberg brauchen wir da wirklich nicht auch noch eine!



DISKUTIEREN SIE MIT!

Kaum ein Projekt bewegt die Pinneberger Politiker und Bürger in diesen Tagen mehr, als die Pläne für eine Umgestaltung unserer Innenstadt! Die Entscheidungen in den nächsten Monaten werden das Bild der Innenstadt für viele Jahre prägen. Ein breite Beteiligung ist der SPD bei der aktuellen Diskussion besonders wichtig.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, dieses Zukunftsprojekt mit den Fachleuten aus unserer Fraktion zu diskutieren“

„NEUE CHANCEN FÜR DIE INNENSTADT“

14.06.11 um 19.00 Uhr
im Sitzungssaal
des Rathauses
Bismarckstr. 8

KONZEPT BÜRO „PETERSEN, PÖRKSEN PARTNER ARCHITEKTEN“

Der angedachte neue „Ebert-Platz“ westlich des jetzigen Rathauses wird zentraler Ort der Stadterweiterung, an dem sich die Haupteingänge aller Verbrauchermärkte konzentrieren. Die Ebert-Passage wird über den neuen Ebert-Platz an die Pinnau heran- und über einen Fußgängersteg über die Pinnau hinweg bis auf den neuen Fest-/Parkplatz und die Brauerei als baulichen Schlussstein, geführt. Die bauliche Erweiterung der Innenstadt wird an dem südlichen Pinnau-Ufer durch eine Wohnbauung abgeschlossen.



BÜRGERBETEILIGUNG VIA INTERNET

95 Registrierte Benutzer, 264 Beiträge, 1785 Besucher und 67.562 Seitenaufrufe – das sind die nüchternen Zahlen der Bürgerbeteiligung zur Innenstadtplanung. Dabei ging es im Forum manchmal hoch her. Wir drucken ein paar der zahlreichen Meinungen. Natürlich konnten wir aus Platzgründen nicht die kompletten Beiträge abdrucken. Alle Beiträge sind unter www.pinneberg-innenstadt.de nachzulesen

„Schön das überhaupt etwas passiert. Hoffentlich bekommen die Politiker nicht wieder Angst vor der eigenen Courage.“

NUTZER WOLKE

„Ausdrücklich begrüße ich die Verschwenkung der Friedrich-Ebert-Straße und deren Rückbau. Es ist schlicht anachronistisch, dass – wie heute – der gesamte Durchgangsverkehr eingeladen wird, auf vierspurigen Achsen durch das Stadtzentrum zu fahren. Durchgangsverkehr gehört auf Umgehungsstraßen, nicht aber auf die innerstädtischen Straßen.“

NUTZER LEO J. HEINI

„Hier soll ein neuer Stadtteil entstehen, einerseits wird die Pinnau wünschenswert herausgestellt, andererseits werden die Ufer künstlich zugebaut. Pinnebergs Kleinstadt-Charakter geht dadurch gänzlich verloren.“

NUTZER ASTRID BUDSZUS

„Der Entwurf der Elberg- Gruppe hat viel Charme.“

NUTZER INGO WORM

„Jetzt soll eine Konkurrenzveranstaltung zur Hamburger Innenstadt, zum Schenefelder Stadtzentrum und zur Halstenbeker Einkaufsmeile hochgezogen werden? Um z. B. die Einwohner aus Waldenau oder dem Rosenfeld vom Schenefelder Stadtzentrum weg und in die Pinneberger Innenstadt zu locken? Eine teure Illusion auf Grundlage schlechter Planung“

NUTZER STEUERZÄHLER

„Pinneberg würde für mich attraktiver werden, wenn es etwas wie Karstadt, ein schönes Kino und eine Bühne und natürlich die entsprechende Gastronomie gibt.“

NUTZER UTE

„Für Pinneberg sehe ich nun eine Bewegung in Gang gebracht, die am Ende hoffentlich endlich einmal einen großen Wurf ergibt.“

NUTZER W. GRUBE

„Was ich aber leider auch hier ganz vermisse, sind Flächen für Kino, Theater, Ausstellungen und Restaurants. So wie es jetzt geplant ist wird das ganze Gebiet nach 20 Uhr eine „Geisterstadt“ sein.“

NUTZER KARSTEN

PLATZ FÜR KINDER

Wenn der neue Kindergarten an der Raa im Herbst eröffnet wird, stehen für die Betreuung von Kindern von drei bis sechs Jahren 1.330 Plätze in Pinneberger Kindergärten zur Verfügung. Damit ist das Ziel der Stadt einer 95%igen Versorgungsquote erreicht. Aber auch für die ganz Kleinen wird gesorgt: 305 Kinder unter drei Jahren können jetzt schon in Kindergärten und bei Tagesmüttern und –vätern betreut werden. Mit dem neuen Kindergarten kommen noch 45 Plätze dazu. Wenn 2012 und 2013 noch weitere 70 Plätze geschaffen werden, hat die Stadt auch für diese Altersgruppe mit dann 420 Betreuungsplätzen die vorgesehene Versorgungsquote von 35 % geschafft. Trotz der Finanznot der Stadt sind sich alle Fraktionen der Pinneberger Ratsversammlung ohne jeden Parteienstreit einig, die Kinderbetreuung voran zu bringen.



SPRACHFÖRDERUNG

Pinneberg hat die Chance ergriffen, im städtischen Kindergarten mit Bundesmitteln eine verstärkte Sprachförderung vorzunehmen. Insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund oder aus bildungsfernen Familien soll damit das Betreuungs- und Bildungsangebot verbessert und eine sprachliche Kompetenz als Grundvoraussetzung für Chancengleichheit, Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe unterstützt werden. Die Aufgabe wird von einer speziell dafür eingestellten Erzieherin wahrgenommen – zunächst für die Dauer des Projekts bis 2014.

BERICHTIGUNG

In unserer Ausgabe 01/2011 ist uns bei der Bildunterschrift zum Artikel „Land streicht Geld für Frauenhäuser“ ein bedauerlicher Fehler passiert. Nicht Walter Damm ist auf dem Foto zu sehen, sondern sein Sohn Uwe. Wir bitten um Entschuldigung.



Besuch beim Technischen Hilfswerk in Pinneberg: Zugführer Gordon Hallas erläutert die umfangreiche THW-Ausrüstung

SPD-BESUCH BEIM THW

Was macht eigentlich das Technische Hilfswerk –THW- an der Straße Am Hafen? Dieser Frage ging jüngst eine SPD-Delegation mit Gästen nach – und war beeindruckt: 113 Helfer und 12 Helferinnen stehen gut ausgebildet und mit schwerem technischen Gerät versehen bereit, in Notfällen eingesetzt zu werden – alle ehrenamtlich. Außerdem werden 32 Jugendliche zu Helfern ausgebildet. Speziell für die Bekämpfung von Ölschäden auf Wasserflächen, Brückenbau und Rettung von Personen aus großen Höhen werden die Frauen und Männer des THW Pinneberg 20 bis 30 mal im Jahr gerufen. Daneben sorgen ständige Einsatzübungen dafür, dass es auch im Ernstfall klappt. Seit über drei Jahren hat das THW als Zivilschutzeinrichtung des Bundes in der Straße Am Hafen ein neues Zuhause mit großer Fahrzeughalle, Büro- und Schulungsräumen gefunden. „Wir fühlen uns hier sehr wohl“, betonte der Ortsbeauftragte Claus Böttcher. „Lage und Zusammenarbeit mit anderen Helferorganisationen und mit dem benachbarten städtischen Bauhof sind hervorragend.“

WESTUMGEHUNG: DIE UNENDLICHE GESCHICHTE

Pinneberg muss neue Gewerbegebiete erschließen. Elmshorner Straße und Mühlenstraße müssen entlastet werden. Der Verkehr auf der Friedrich-Ebert-Straße muss verringert werden, um die Marktplatzumfahrung als Bestandteil der Innenstadtplanung erträglich zu realisieren. Für alles ist die Westumgehung erforderlich. Aber wann kommt sie? Warum tut sich nichts?

Genehmigt wurde die Umgehungsstraße schon vor über einem Jahr. Loslegen kann die Stadt aber noch nicht, weil fünf Klagen von Gewerbebetrieben und Privaten die Stadt gebremst haben. Die Stadt kann beim zuständigen Landesamt beantragen, trotz der Klagen sofort bauen zu können.

Dazu mussten aber die Klagebegründungen vorliegen, die immer wieder – mit Billigung des Verwaltungsgerichts – verzögert wurden. Diese liegen jetzt vor und werden ausgewertet. Schließlich muss die Stadt ihrerseits begründen, warum der Rechtsschutz der Kläger geringer ist als das öffentliche Interesse am sofortigen Bau der seit Jahrzehnten geplanten Straße. Nachweisen muss die Stadt auch, dass sie tatsächlich sofort bauen könnte. Geld ist im Haushalt der Stadt bereitgestellt und die „Ausführungsplanung“ ist fast fertig. Es fehlen noch einige Grundstücke, deren Eigentümer – zum Teil die Kläger! – enteignet werden müssten.

Aber selbst wenn das Landes-

amt auf Antrag der Stadt den „Sofortvollzug“ anordnet, kann noch lange nicht gebaut werden. Gegen eine solche Anordnung können die Kläger sich wieder an das Verwaltungsgericht wenden, und das wäre nur die erste Instanz...

Niemand kann zur Zeit voraussagen, wie und wann dieses Verfahren endet. Die Politik und die Stadtverwaltung haben alle möglichen Voraussetzungen für den Bau der Westumgehung vorbereitet und beschlossen. Alles andere liegt jetzt bei den Klägern, Behörden und Gerichten. So recht verstehen kann das in der Bevölkerung niemand mehr und so verwundert die oft gehörte Frage nicht „Werde ich den Bau der Westumgehung noch erleben?“



PINNEBERGER: BESUCHT EURE KASERNE!

„Privatgrundstück – Zutritt nur für Besucher/-innen der Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten“ sagt das Schild am Kaserneneingang. Ein braver Bürger gehorcht, ältere erinnern sich schließlich, dass dort früher Unbefugten mit Schusswaffengebrauch gedroht wurde. Das ist aber lange her, die Bundeswehr hat das Gelände schon vor fast 10 Jahren verlassen. Also werfen wir mal ein Blick in einen Stadtplan. Ganz schön groß ist das Kasernengelände, ungefähr das Doppelte vom Rehenfeld oder in etwa so groß wie der Fahlh. Der Stadtplan enthüllt auch, dass dort viele Gebäude stehen. Alles leer und ungenutzt?

Jetzt wird man neugierig und schaltet mal das Gehorsamsgen aus. Außerdem weiß man, dass die Bundesanstalt das Grundstück verkaufen will. Man kann

ja mal fragen und geht mit Herzklopfen einfach rein. Die meisten Gebäude verfallen langsam, Efeu rankt sich um bröckelnde Mauern. Eine überraschend große Fläche ist asphaltiert, gelegentlich bricht mal ein Löwenzahn an die Oberfläche. Dann sind da noch Sportplätze, auf denen sich hunderte Maulwürfe vergnügen, auch eine Turnhalle mit kaputten Fensterscheiben sieht man. Ein bisschen Leben ist auch zu sehen, einige Pferde stehen auf einer Koppel, dort bietet ein Rats Herr der GAL therapeutisches Reiten an.

Ein Außenstehender kann das alles kaum begreifen. Da klagen die Pinneberger ständig über fehlende Gewerbeflächen,

weil sie höhere Gewerbesteuer-einnahmen brauchen. Und an verschiedenen Stellen wehren sich Bürgerinitiativen gegen die Ausweisung von Wohnbebauung in ihrer Nachbarschaft, in den letzten Wochen waren es Anwohner des Rehenfeldes. Dabei

haben wir ein Geburtendefizit, das Durchschnittsalter steigt, der Wohnungsbau in Pinneberg richtet sich vor allem an die ältere Generation. Man bräuchte deshalb halb gute Angebote für jüngere Leute.

Trotzdem liegen im ehemaligen Kasernengelände, mitten in der Stadt, große Flächen seit vielen Jahren brach. Die Ratsfraktionen schaffen es nicht, sich auf einen zukunftssträchtigen Plan

zu einigen. Jetzt ist auch mal der Bürger gefragt. Pinneberger, geht zur Straße an der Raa, kümmert euch nicht um das Schild, und schaut euch das Gelände an. Dort gibt es geeignete Flächen für etwas teure Häuser, die könnten die Erträge aus der Einkommenssteuer steigern. Kleinere Gewerbegebiete könnten angesiedelt werden. Und es bleibt immer noch genug Platz für Bildungseinrichtungen und Sport - die Mischung macht's!

Dass man diese große Fläche ausschließlich mit Bildungseinrichtungen füllen kann, ist nicht sehr wahrscheinlich. Also Bürgerinnen und Bürger schaut euch das mal an und geht dann euren Ratsfrauen und -herren auf die Nerven. Man sollte sich beeilen, bevor die Jungs vom Schanzenviertel sich auch in Pinneberg um leer stehende Häuser kümmern.

„Man sollte sich beeilen, bevor die Jungs vom Schanzenviertel sich auch in Pinneberg um leer stehende Häuser kümmern.“

DROHEN WIRKLICH MILLIONEN VERLUSTE?

Immer wieder ist in der Lokalpresse im Zusammenhang mit offenen Forderungen der Stadt Pinneberg die Rede von einem „Finanzchaos“, einer „Finanzaffäre“, einem „Finanzdesaster“. Millionenverluste der Stadt werden behauptet. Was ist an all dem wirklich dran? Fest steht bisher nur, dass die Stadt zu hohe offene Forderungen an Steuern, Gebühren und Beiträgen in ihren Büchern hat. Offenbar entstanden aufgrund der seit vielen Jahren bestehenden – unzureichenden – Regelungen bei der Verwaltung offener Forderungen und säumiger Bearbeitung. Überhaupt

noch nicht klar ist, welche Forderungen noch beigetrieben werden können und ob welche möglicherweise verjährt sind. Das in zeitaufwendiger Kleinarbeit festzustellen ist Aufgabe einer von Bürgermeisterin Kristin Alheit eingesetzten Prüfungsgruppe und des Landesrechnungshofes. Erst wenn deren Arbeit in einigen Monaten abgeschlossen ist, kann gesagt werden, ob für die Stadt wirklich Verluste entstanden sind, in welcher Höhe und wer dafür die Verantwortung trägt. Bis dahin wären alle gut beraten, nicht zu spekulieren und keine voreiligen Schlüsse zu ziehen.

DAS SOMMERFERIENPROGRAMM DER SPORTJUGEND

Inline Skating mit Franz	5. Juli	17- 18 h	8 -12 Jahre
Miniatur Wunderland	7. Juli	10- 16 h	ab 7 Jahre
Flughafen Modellschau mit anschließender Vorfelddrundfahrt	11. Juli	12:20 – 17:30 h	ab 7 Jahre
HSV Museum inkl. Stadionführung	18. Juli	11:45 – 16:30 h	ab 7 Jahre
Feuerwehr Pinneberg	8. Aug.	9- 12 h	ab 5 Jahre
Ballsportmix	9. Aug.	16- 17 h	5-7 Jahre
Ballsportmix	9. Aug.	17-18 h	8- 12 Jahre

Der jeweilige Treffpunkt kann ab dem 15. Juni bei der VfL-Geschäftsstelle (04101/55602-0) erfragt werden. Weitere Aktionen wie der Besuch im Hamburger Planetarium oder Jugend- FIT sind geplant.



LESERBRIEFE

„Comenius Schule“
Rosenblätter 01/2011“

Gestatten Sie mir folgende historische Anmerkung zum Thema „Comenius“: Wenn es dort heißt, er sei im „Kaiserreich Österreich-Ungarn“ geboren, dann muß man leider sagen, daß es nie ein Kaiserreich dieses Namens gab, schon gar nicht zu Comenius' Zeiten. Es ist komplizierter. Im Geburtsjahr des Comenius gab es einen Kaiser in Wien, der war aber Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Außerdem war er Erzherzog von Österreich, König von Ungarn, König von Böhmen, Markgraf von Mähren u.s.w. u.s.w., sodaß man wohl sagen muß, Comenius sei in der Markgrafschaft Mähren geboren. Als Napoleon die meisten Staaten des HRRDN in den Rheinbund zwang, legte der damalige Kaiser 1806 diese Krone nieder, stattdessen wurde Österreich „Kaisertum“. Nach der Niederlage gegen Preußen 1866 gelang es Kaiserin Elisabeth und Graf Andrassy, das Königreich Ungarn zum gleichberechtigten Reichsteil zu erheben, und erst seitdem gibt es die K(aiserlich österreichische). u(nd) k(öniglich ungarische) Doppelmonarchie Österreich-Ungarn.

Dieter Beig

„Querdenker“
Rosenblätter 01/2011“

ich lese immer gerne den Querdenker in Ihrer Zeitschrift „Rosenblätter“. Doch in der Ausgabe 01/2011 wundere ich mich über das Selbstverständnis, mit welchem „unser“ Konsumverhalten angesprochen wird. Die genannten Beispiele „unseres“ Konsumverhaltens finde ich sehr hoch gegriffen. Der dort exemplarisch genannte Silvesterkurztrip, der Abenteuerurlaub in Nepal oder die Kreuzfahrt in die Arktis wird für viele aufgrund der Finanzsituation ein unerfüllbarer Traum bleiben. Oft müssen beide Elternteile arbeiten, um die horrenden Mieten und extrem hohen Strom-, Gas- und Wasserrechnungen zu bezahlen und um den Kindern eine Zukunft bieten zu können. So bleibt leider kein Geld mehr für solche extravaganten und kostspieligen Reisen. Daher finde ich diese Beispiele für die breite Masse der Bevölkerung etwas wirklichkeitsfremd. Näher an der Realität wäre meines Erachtens dann die Überlegung, ob der Gang ins Kino jeden dritten oder vierten Monat sein muss.

Mathias Gretzbach

DER QUERDENKER

Heute wird der Querdenker nicht quer, sondern mal ganz brav, positiv und nach vorne denken, und zwar zum Thema Bürgerinformation und Internet. Vor allem bei Bauprojekten wird immer wieder die mangelnde Information beklagt. Hintergrund ist meist der notwendige zeitliche Vorlauf. Ein Bebauungsplan wird zum Beispiel in mehreren Stufen entwickelt. Und er beruht in der Regel auf Beschlüssen zum Flächennutzungsplan. Früher war die Informationsbeschaffung beschwerlich. Man war auf den Aushangkasten vor dem Rathaus angewiesen und musste an jeder Sitzung teilnehmen. Aber jetzt gibt es ziemlich perfekte Internetinformationen. Der Querdenker behauptet, wer sich kümmert, bekommt die gleiche Information wie

Ratsherren und bürgerliche Ausschussmitglieder. Wie geht's? www.Pinneberg.de findet jeder, dann oben links „Rathaus und Politik“, dann „Sitzungsinformationen“. Und schon ist man mitten drin, kann sehen, wann welche Ausschüsse bis zum Ende des Jahres tagen. Eine Woche vor dem Sitzungstermin ist die Tagesordnung drin und man kann sich die Vorlagen herunterladen, die die Ratsmitglieder und bürgerlichen Ausschussmitglieder bekommen. Später kann man nachlesen, was beschlossen wurde und was die einzelnen Fraktionen dazu gesagt haben. Wer will, kann sich die Protokolle der letzten drei Jahre heraussuchen. Aber es muss nicht beim reinen Text bleiben. Man findet Namen, Anschrift, Tel.Nr. und e-mail-Adresse der Kommunalpolitiker. Jeder kann sich dann den Mann oder die Frau seines Vertrauens heraussuchen und persönlich nachfragen.

BILDERRÄTSEL WELCHE SCHÖNE SEITE PINNEBERGS IST HIER ZU SEHEN?



AUFGESPIESST

Anwohner der Mühlenstraße wehren sich, dass sie Straßenreinigungsgebühren zahlen müssen, obwohl die Straße seit Monaten wegen Erneuerung und Umbau von Kanal und Straßendecke gar nicht gereinigt werden kann. Was sagt die Stadtverwaltung dazu? Es gilt der § 6 Absatz 2 der „Gebührensatzung zur Straßenreinigung“ und die sieht vor, dass erst zu Beginn des Folgejahres über eine Erstattung entschieden werden kann. So die Auskunft für die Kommunalpolitiker im Hauptausschuss am 11. Mai. Wieher da mal wieder der Amtsschimmel? Schließlich wusste man schon lange vor dem Versand des Gebührenbescheides, dass und wie lange die Straße gesperrt sein wird. Warum erst den Bürger zahlen lassen und dann wieder zurückzahlen? Das sei nicht sinnvoll, in der Abwicklung kostenträchtig und häufig nicht bürgerfreundlich, sagt die Verwaltung. Man wisse doch nicht immer, wie lange gebaut wird. Außerdem hätten viele Bürger Daueraufträge, die von ihnen geändert werden müssen. Wie beim ‚heute journal‘ verweisen wir für zusätzliche Informationen auf eine Internetseite. Über www.pinneberg.de kommen Sie über „Rathaus und Politik“ zu Sitzungsinformationen. Dort finden Sie das Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 11. Mai 2011 und den Vermerk der Verwaltung als Anlage.

Wo kräht dieser stolze Wetterhahn? Antworten bitte an die Redaktion der „Rosenblätter“, Datumer Chaussee 19, 25421 Pinneberg oder per E-Mail an dietrichanders@gmx.de. Unter den Einsendern mit der richtigen Lösung werden drei Buchpreise im Werte von je 25 Euro ausgelost.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte das Portal des alten Amtsgerichtes neben dem Gerichtsneubau. Ausgeloste Buchpreise erhielten Dieter Böhm, Dieter Heydorn und Wolfgang von der Heide.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Pinneberg | E-Mail: rosenblaetter@spdpinneberg.de | Internet: www.spdpinneberg.de
Redaktionsadresse: SPD-Ortsverein Pinneberg, Redaktion Rosenblätter, Fritz-Reuter-Straße 24, 25421 Pinneberg | Redaktion: Dieter Tietz (V.i.s.d.P),
Dieter Anders (V.i.s.d.P), Dieter Koch, Christian Koch | Fotos: Dieter Tietz, Gettyimages, iStockphoto
Gedruckte Auflage: 18.000 Stück | Gestaltung: Sebastian Hager, Christian Koch | Druck: Nordbayerischer Kurier